

DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine

Frage 1

Niemand muss sich outen, aber haben Sie geoutete (!) bi+ Politiker*innen in Ihrer Partei wahrgenommen? Wen?

Ja, wir haben bi+ Politiker*innen in unserer Partei, aber wir empfinden ehrlich gesagt eine Auflistung, bzw. Benennung nicht als Beleg für unsere politische Haltung. Zudem wären wir als LINKE. Mecklenburg-Vorpommern derzeit nicht in der Lage, konkrete Auskünfte zu dieser Frage zu erteilen.

Frage 2

Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?

Queere, lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen erleben bis zum heutigen Tag nicht selten eine Diskriminierung, wenn sie mit ihren Anliegen medizinische oder psychologische Hilfe suchen. Insgesamt ist die gesellschaftliche Akzeptanz für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt zwar vielfach gestiegen, auch gibt es Fortschritte in der rechtlichen Gleichstellung, und doch hakt es in manchen Bereichen. So auch im Gesundheitssystem. Das hat verschiedene Ursachen. Zwar werden queere Menschen nicht mehr prinzipiell pathologisiert, auf Vorurteile oder auch auf Unkenntnis beim medizinischen Personal stoßen sie trotzdem. Das erschwert eine vertrauensvolle Behandlung auf Augenhöhe. Auch fehlen vielfach spezifische Angebote, mit denen queere Gesundheit – auch präventiv – gefördert werden kann.

Für lesbische und bisexuelle Frauen ist es wichtig, dass das Gesundheitswesen für ihre Anliegen sensibilisiert wird. Es geht auch darum, Bewusstsein zu schaffen. Es gibt Gesundheitsbereiche, die eine besondere Fachkompetenz erfordern. Ein sofort nachvollziehbares Beispiel ist sicherlich die Unterstützung bisexueller Frauen bei einem Kinderwunsch. Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen und queere Menschen echte Wahlmöglichkeit haben. Wir wollen, dass alle Menschen entscheiden können, ob und wie sie mit

Kindern leben möchten. Erst dann können wir reproduktive, körperliche und sexuelle Selbstbestimmung für Frauen und queere Menschen erreichen.

Wir unterstützen Mediziner:innen dabei, über Diversität offen aufzuklären, Hemmschwellen und Barrieren abzubauen und vorhandene Hilfs- und Weiterbildungsangebote zu nutzen.

Frage 3

Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Schule kann Vieles leisten, aber eben nicht alles. Deshalb sind außerschulische Bildungspartnerschaften wichtig. Jedes Bundesland, jede Region benötigt Angebote, die landesweit funktionieren. Aufklärungsarbeit ist essentiell, trotzdem wurden hauptamtliche Strukturen bei Vereinen eingestampft und entsprechende Projekte somit einem Sparzwang geopfert. Als LINKE unterstützen wir landesweite Angebote, die über LGBTIQ* aufklären und Diversität stärken. Landesregierungen müssen Kommunen finanziell dabei unterstützen, entsprechende Angebote dauerhaft zu finanzieren.

Frage 4

Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier setzen?

Der vorhandene Landesaktionsplan muss fortgeschrieben und untersetzt werden - mit verbindlichen Aussagen zu Geld, Personal, Zuständigkeiten, Terminen und einem alle Ministerien übergreifenden Engagement. Momentan ist der Landesaktionsplan mehr Papiertiger als Träger konkreter Verbesserungen. Wir können uns vorstellen, bi-spezifische Anliegen neu zu untersetzen und in Bezugnahme auf Bildungsangebote, Gesundheitsversorgung und Sichtbarkeit neue Wege zu gehen.

Frage 5

Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Wir unterstützen Initiativen, die das Forschungsfeld LGBTIQA* etablieren wollen in M-V. Allerdings verfügen wir momentan über keine Detailkenntnisse in Bezug auf handfeste Vorhaben. Aus unserer Sicht müssten solche Initiativen auf Grundlage des Landesaktionsplanes erarbeitet werden. Wir sagen zu, die kommende Legislatur zu nutzen, um das Bildungsministerium und die Hochschulen diesbezüglich anzuregen. Gelder für Studien können zur Verfügung gestellt werden.

Frage 6

Welche Aktionen werden Sie wie unterstützen?

Mecklenburg-Vorpommern ist ein eher ländlich geprägtes Bundesland. Die weite Fläche verursachte viele Herausforderungen, ein Lebensbereich ist die Sichtbarkeit von LGTBIQA*. Wir sind stolz, dass es inzwischen mehrere Christopher-Street-Days hierzulande gibt, die sich inhaltlich breit aufstellen und die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Lebensrealitäten darstellen. Zudem gibt es eine wachsende Gruppe junger Menschen, die sich solidarisch zeigt und den Themen der Community Ausdruck verleiht. Auch junge, bisexuelle Frauen sind dabei. Wir würden den Landesverband und die zuständigen Vereine im Land dabei unterstützen, die Sichtbarkeit bisexueller Menschen zu verstärken.

Frage 7

Was tun Sie konkret gegen Menschenrechtsfeindlichkeit und für den Schutz von Bi+?

Alle Formen von Gewalt und Gewaltverherrlichung gegen Frauen, Kinder und LSBTIQA* müssen konsequent geahndet werden.

Diskriminierungen und gewalttätige Übergriffe gehören für queere Menschen weiterhin zum Alltag. Die offizielle Kriminalstatistik bildet nur einen Bruchteil davon ab.

DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und Organisationen ein, die sich mit der Hilfe für

Gewaltopfer beschäftigen. Die Strafverfolgung von queerfeindlicher Gewalt muss stärker verfolgt und geahndet werden als bisher.

Hasskriminalität gegen queere Menschen, Communities oder ihre Unterstützer*innen muss bundesweit erfasst und strafrechtlich verfolgt werden.

Queere Menschen erleben noch immer Diskriminierung am Arbeitsplatz. Trans* Personen sind überdurchschnittlich häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. Auch Menschen mit HIV erleben Diskriminierung im Beruf. Die strukturellen Ausschlüsse verstärken sich für Menschen, die Mehrfachdiskriminierung erleben, etwa Rassismus oder Behindertenfeindlichkeit.

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll finanziell so ausgestattet werden, dass sie Beratungsangebote zielgruppengerecht, mehrsprachig und barrierefrei in die Arbeitswelt hineinbringen kann. Wir wollen den Diskriminierungsschutz für trans* und intergeschlechtliche Personen stärken.

Ein wichtiger Schlüssel im Kampf gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz ist die Selbstorganisation der Beschäftigten. Wir wollen mehr queere Bildungsangebote, die Impulse zur Selbstorganisation in der Arbeitswelt geben. Initiativen, die sich für einen offenen, angst- und diskriminierungsfreien Arbeitsplatz in den Betrieben einsetzen, müssen gefördert werden.

Wir treten ein für eine Stimme der LGBTIQ*- Vertretungen in den Rundfunkräten. Denn Vielfalt im Programm des NDR wird unterstützt durch queere Stimmen in den Aufsichtsgremien.

Wir wollen die Mitarbeiter*innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes schulen, um auf die Bedürfnisse queerer Geflüchteter eingehen zu können.

Frage 8:

Werden Sie vermehrt auf d. Rat v. Expert*innen hören und Menschenrechte umsetzen?

Wir wollen die Diskriminierung bei der Blutspende beenden, denn die Bedingung, dass jemand in den letzten 12 Monaten keinen Sex haben durfte, um spenden zu können, ist lebensfremd und kommt einem Blutspendeverbot gleich. Blut ist Blut!

Wir werden auf Bundesebene weiterhin darauf drängen, dass der Schutz der sexuellen und geschlechtlichen Identität ins Grundgesetz aufgenommen wird.

Wir fordern ein Wahlverwandtschaftsrecht, in dem nicht nur (heterosexuelle) Paare Verantwortung füreinander übernehmen dürfen, sondern jede Gemeinschaft, die sich einander verbunden fühlt. Das kann auch eine mehr als zwei Personen umfassende Beziehung sein (zum Beispiel eine Mehrelternfamilie mit zwei lesbischen Müttern und zwei schwulen Vätern). Diesen Menschen ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Zuwendungen fällig, wenn ein Angehöriger (nach dem Wahlverwandtschaftsrecht) gepflegt werden muss oder sich Kinder in einer Wahlverwandtschaft befinden.

Das Abstammungsrecht wollen wir so reformieren, dass bestehende Benachteiligungen von lesbischen und schwulen Ehen und Lebensgemeinschaften gegenüber heterosexuellen Ehen und Lebensgemeinschaften beseitigt werden. Das beinhaltet auch die rechtliche Anerkennung der Co-Elternschaft sowie von Trans*, intergeschlechtlichen und nicht binären Eltern. Dies muss auch rückwirkend gelten.

Das Ehegattensplitting werden wir durch familien- und geschlechtergerechte Steuermodelle und frei übertragbares Existenzminimum ersetzen.

Wir wollen einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag für alle. Eine Vornamens- und Personenstandsänderung muss mit einer einfachen Erklärung beim Standesamt möglich werden – ohne die bisherigen Zwangsberatungen, Gutachten, ärztlichen Atteste und Gerichtsverfahren.

Das Transsexuellengesetz (TSG) pathologisiert. Wir wollen es abschaffen und durch ein Selbstbestimmungsrecht ersetzen.

Die fremdbestimmten Operationen an trans* Personen und intergeschlechtlichen Menschen aufgrund der gesetzlichen OP- und Sterilisationspflicht im TSG in den Jahren 1981 bis 2011 müssen historisch aufgearbeitet werden. Die davon betroffenen Menschen müssen angemessen entschädigt werden. Wir wollen einen Entschädigungsfonds einrichten.

Wir wollen die Rechte von trans* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen stärken. Der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit ist ein Grund- und Menschenrecht. Alle medizinisch nicht notwendigen Eingriffe an den inneren oder äußeren Geschlechtsmerkmalen von Kindern verbieten wir.

Dazu gehört die Anerkennung der von ihnen selbst benannten Geschlechtszugehörigkeit.

Wir setzen uns für geschlechtsneutrale Toiletten und Waschräume, insbesondere in öffentlichen Gebäuden ein, um Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität abzubauen.

Trans* Personen brauchen freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen (medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine Krankenversicherung haben und unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus.

Konversionsbehandlungen müssen komplett verboten werden, auch an Erwachsenen. Fürsorge- oder Erziehungsberechtigte müssen zukünftig rechtlich belangt werden können, wenn sie dennoch Konversionsbehandlungen hinnehmen oder veranlassen.

Frage 9:

Wie planen Sie in Zukunft (z. B. über den Bundesrat oder Auslandsbesuche), LSBTI*-Rechte im Ausland erfolgreicher einzufordern?

DIE LINKE unterstützt NGOs und soziale Bewegungen, die Druck auf Entscheidungsgeber:innen ausüben und/oder Missstände anklagen und öffentlich machen.

Wir fordern ein EU-weites Förderprogramm für Bildungsarbeit gegen Sexismus und queer-Feindlichkeit. Der Diskriminierungsschutz muss ausgebaut, Demokratieförderung gestärkt werden. Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft im Ausland werden von uns unterstützt.

Außerdem leistet unsere Partei durch Delegationen zu osteuropäischen CSDs einen ganz konkreten Beitrag.

Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt werden. Sie dürfen nicht abgeschoben werden – auch nicht in sogenannte sichere Herkunftsländer. Wir wollen flächendeckend Fachstellen für LSBTIQA*-Geflüchtete einrichten. Dort können sich queere Geflüchtete zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Außerdem braucht es Möglichkeiten der psychologischen Beratung für LSBTIQA*-Geflüchtete.